

Sitzung Nr. 8 vom 15. September 2015

<b>Vorsitz</b>	François Scheidegger, Stadtpräsident
<b>Anwesend</b>	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Urs Wirth Markus Neuhaus (Ersatz) Aldo Bigolin Hubert Bläsi Renato Müller Richard Aschberger Heinz Müller Ivo von Büren Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt
<b>Entschuldigt</b>	Clivia Wullimann
<b>Anwesend von Amtes wegen</b>	David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Daniel Gäumann, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
<b>Dauer der Sitzung</b>	17:00 Uhr - 18:30 Uhr

## **TRAKTANDEN** (2988 - 2998)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 7 vom 18. August 2015
- 2 2988 Pistenanpassung Regionalflughafen Grenchen: Communiqué des Gemeinderates zum abschlägigen Regierungsratsbeschluss
- 3 2989 Stiftung Adrian Girard: Erfolgsrechnung und Bilanz 2014 / Revisionsbericht zur Jahresrechnung 2014 / Genehmigung

- |    |      |                                                                                                                                                                         |
|----|------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 4  | 2990 | Motion Fraktion CVP: Kauf der bisherigen Geschäftsliegenschaft der SWG durch die Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung                                      |
| 5  | 2991 | Projekte Landschaftsqualität und Vernetzung / Weiterführung des Projekts / Rahmenkredit für die Jahre 2016 – 2023                                                       |
| 6  | 2992 | Dringliche Motion Alexander Kohli (FDP): Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung für den Raum Grenchen: Orientierung / Stellungnahme ARP / weiteres Vorgehen        |
| 7  | 2993 | Interpellation Fraktion SVP: Label Energiestadt Kosten - Nutzen: Beantwortung                                                                                           |
| 8  | 2994 | Personalkommission: Demissionen von Jeannette Benavente (PVG) sowie Roland Derendinger (PVG); Wahlvorschläge des PVG (Francesca Gigliotti, Anne-Catherine Schneeberger) |
| 9  | 2995 | Dringliches Postulat Fraktion CVP: Sicherung des Rettungsdienstes in der Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblichkeit                                                   |
| 10 | 2996 | Motion Fraktion SVP: Mitgliedschaft beim Trägerverein des Labels "Energiestadt" kündigen: Einreichung                                                                   |
| 11 | 2997 | Motion Remo Bill (SP): Kunststoff Recycling in der Stadt Grenchen: Einreichung                                                                                          |
| 12 | 2998 | Mitteilungen und Verschiedenes                                                                                                                                          |

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 7 vom 18. August 2015 wird mit folgenden 2 Korrekturen genehmigt:

**GRB 2980**

**Zentrales Verwaltungsgebäude: Weiterbearbeitung / Kreditfreigabe**

Gemeinderat Remo Bill verweist darauf, dass sich die Zahlen in seinem Votum am Ende von Ziff. 2.5. nicht auf das Schulhaus Büelen sondern auf das Schulhaus Halden beziehen:

*„Seinerzeit war man beim Schulhaus Halden beim Kostenvoranschlag bei 12 Mio. Franken. Nach der Überarbeitung beliefen sich die Kosten noch auf 8.3 Mio. Franken. Der entsprechende Kredit wurde an der Urne angenommen. Abgeschlossen wurde das Projekt mit 8 Mio. und das war ein komplizierter Bau.“*

In Ziff. 2.32. hat es einen Schreibfehler:

*„Clivia Wullimann findet so ein Vorgehen unseriös.“*

- o -

## **Pistenanpassung Regionalflughafen Grenchen: Communiqué des Gemeinderates zum abschlägigen Regierungsratsbeschluss**

Tischvorlage: Entwurf Medienmitteilung vom 15.09.2015

(vorab versandt: RRB 2015/1450 samt Medienmitteilung des Regierungsrats)

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat ihm Regierungsrat Roland Fürst heute um 11.40 Uhr mitgeteilt, dass der Regierungsrat das Pistenanpassungsprojekt nicht unterstütze. Die Regierung empfehle den Verantwortlichen des Regionalflughafens Grenchen, vom Einleiten eines Sachplanverfahrens und später eines Plangenehmigungsverfahren nach Luftfahrtrecht abzusehen, das Projekt Pistenverlängerung Ost zurückzuziehen und die Planungsarbeiten einzustellen. Es liege keine genügendes öffentliches Interesse vor und es seien zu viele Fragen unbeantwortet; das erstaunt François Scheidegger, denn diese sind heute gar noch nicht beantwortbar.

François Scheidegger ist erschüttert und enttäuscht. Offenbar hat die Solothurer Regierung den einmaligen Standortvorteil für den Kanton nicht erkannt. Nicht erkannt wurde auch die Bedeutung des Flughafens für die Wirtschaft. Es wurde hier eine grosse Chance für Grenchen, für den Kanton und den ganzen Jurasüdfuss verpasst. Einmal mehr finden Grenchner Anliegen kein Gehör. Er fragt sich, wohin eine solche Regierung die Stadt und Region führt.

### 2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Heinz Müller stellt klar, dass die SVP die einzige Partei ist, die kein Mitglied im Solothurner Regierungsrat stellt. Eigentlich sollten alle Gemeinderäte ihren RR-Parteikollegen telefonieren und dagegen protestieren, dass sie der Stadt so in den Rücken fallen. François Scheidegger hat sich zwar zurückhaltend und diplomatisch geäußert, Heinz Müller hat dennoch den Eindruck, dass es in ihm kocht. Jetzt muss Gas gegeben werden. Die Kantonsräte sollten entsprechende Vorstösse einreichen, falls noch was zu machen ist. Er und seine Fraktion wollen einen solchen Trumpf der Region nicht kampfflos aus der Hand geben. Wenn es um andere Standortvorteile für andere Städte geht, wird nicht lang diskutiert, sondern gehandelt. Man sollte den Regierungsrat fragen, ob er noch Steuergelder von Grenchen will. Heinz Müller findet das Vorgehen einen Affront und eine Frechheit, aus Unternehmersicht hat das mit Dummheit zu tun.

- 2.2. Gemeinderat Alexander Kaufmann spricht von einem schwarzen Tag für Grenchen, als Verwaltungsrat der RFP AG ist das echt frustrierend. Das Projekt wurde seriös über längere Zeit aufgegleist, man hat viel klären können. Leider hat es nichts gebracht. Man hat hier einen negativen Brotschi-Effekt: Der Regierungsrat wurde schwach, hat mehr den Umweltverbänden und den Gegnern zugehört und mutlos nein gesagt. Es erschreckt ihn, dass die Chefbeamten des Kantons so grosse Macht haben. Der Kanton gibt einen wichtigen Trumpf aus der Hand für die Entwicklung des Wirtschaftsraums Mittelland und die Standortentwicklung Jurasüdfuss. Was wollen die Leute? Man könnte jetzt im Gegenzug – was etwas gemein wäre – mehr Akro- und Sportfliegerei betreiben, welche viel mehr Lärm verursachen. Das ist ihnen wohl egal. Alexander Kaufmann ist sehr enttäuscht.
- 2.3. Gemeinderat Hubert Bläsi hat noch nicht lang Kenntnis vom Entscheid. Spontan ist er erschlagen und gibt seinem Unverständnis Ausdruck. Seine Fraktion kommt einhellig zum Schluss, den RR-Entscheid nicht zu verstehen. Es ist eine verpasste Chance für Grenchen, und das bei diesem Stand des Verfahrens. Dieses Verfahren hätte man unbedingt durchführen müssen, um zu wissen, was sich hier hätte entwickeln können, und eine Entscheidungsbasis zu haben. Seine Fraktion kann über so einen Entscheid nur den Kopf schütteln, sie kann und will ihn nicht akzeptieren. Welche Möglichkeiten jetzt noch bestehen, muss abgeklärt werden; Hubert Bläsi bietet bereits jetzt seine Unterstützung auf diesem Weg an.
- 2.4. François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass der Gesuchsteller die RFP AG ist. Der Verwaltungsrat RFP muss eine Auslegeordnung und Analyse vornehmen. Die Stadt kann nur die Begleitmusik spielen, die Abklärungen unterstützen und versuchen, beim Kanton Einfluss zu nehmen.
- 2.5. Gemeinderat Andreas Kummer bezeichnet für die CVP (nicht auch für GLP) den RR-Beschluss als mutlos, kraftlos und ideenlos; der Regierungsrat hat offensichtlich keine Visionen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Solothurn. Was kann man in diesem Kanton noch bewegen, wenn nicht einmal das geht? Wie kann man sich so positionieren als Kanton und moderne innovative Arbeitsplätze hierherziehen? Da wurde eine Riesenchance vertan. Der Regierungsrat hat vor den Umweltschutzverbänden kapituliert. Er hat erschrocken die KR-Debatte im Lifestream verfolgt. Er ist enttäuscht über seine eigenen Leute; ein Grossteil der CVP-Fraktion im Kantonsrat hat sich z.T. nicht sehr qualifiziert und gegen die Pistenverlängerung geäussert und Wildwestromantik heraufbeschworen. Die Debatte hat beim Regierungsrat leider Spuren hinterlassen. Sollte in Solothurn eine Wasserstadt in die Witi geklotzt werden, dann hätte er wirklich ein Riesenproblem mit so einem Entscheid; denn dann würde mit zweierlei Ellen gemessen.
- 2.6. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth äussert sich erschüttert und schockiert. Heute ist er einmal einig mit allen seinen Vorrednern. Offenbar merkt die Regierung nicht, wie der Kanton Solothurn langsam wirtschaftlich, aber auch entwicklungs-mässig zerbröselt. Es schockiert ihn auch, dass heute der Recht bekommt, welcher am lautesten bellt. Nicht die Wirtschafts- und Entwicklungsinteressen, sondern defensive Interessen werden höher gewichtet. - Am Samstag fand in Grenchen der Anlass mit den Nationalratskandidaten aller Fraktionen auf dem Marktplatz statt. Es zeigt sich bei diesem Entscheid einmal mehr, wo Grenchen untervertreten ist. Die Grenchner haben gar keinen Einfluss mehr in Solothurn. Man muss nur einmal das Behördenverzeichnis des Kantons anschauen, dann sieht man, wer in welchen Gremien sitzt.

Es ist dringend notwendig, aufzuwachen und Leute zu finden, die sich im Kantonsrat oder anderen Gremien zur Verfügung stellen - das ist sein Aufruf. Er ist mit der Medienmitteilung einverstanden. Man muss jetzt Klartext sprechen. Die Grenchner müssen jetzt aufstehen.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

3.1. François Scheidegger fragt Heinz Müller, ob die Medienmitteilung für ihn zu moderat ist. Die anwesenden Journalisten werden via Medien schon berichten, wie die Stimmung im Gemeinderat war.

3.1.1 Heinz Müller stellt keinen Antrag auf eine Umformulierung oder Ergänzung.

Es ergeht mit 14: 1 Stimmen folgender

### 4. Beschluss

4.1. Die Medienmitteilung wird gemäss Vorlage mit folgendem Vorlaut verabschiedet:

*Der Gemeinderat Grenchen nimmt mit grosser Enttäuschung Kenntnis vom abschlägigen Regierungsratsbeschluss zur geplanten Pistenanpassung des Regionallughafens Grenchen. Einmal mehr werden die Interessen der Region Grenchen von der Kantonsregierung nicht berücksichtigt. Die Regierung gibt einen bedeutenden regionalen Trumpf aus der Hand.*

*In einem Manifest hatten sich unter anderem der Industrieverband Solothurn und Umgebung (INVESO), der Industrie- und Handelsverband Grenchen und Umgebung (IHVG), der Handels- und Industrieverein Kanton Bern (HIV) Sektion Biel-Seeland, der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband (KGV) und die Solothurner Handelskammer (SOHK) für die Pistenanpassung ausgesprochen. Laut Mitteilung konnte der Regierungsrat jedoch kein überwiegendes öffentliches Interesse an der Pistenanpassung erkennen.*

*Trotz prekären finanziellen Aussichten des Kantons nimmt der Regierungsrat eine weitere Schwächung des Wirtschaftsstandorts Jurasüdfuss in Kauf. Er gibt mit seinem Entscheid einen bedeutenden kantonalen Standortvorteil unserer Wirtschaftsregion aus der Hand. Eine verpasste Chance, hätte der Regionallughafen mit einer Anpassung doch zu einem echten Alleinstellungsmerkmal entwickelt werden können. Durch die Öffnung militärischer Flughäfen für die Zivilluftfahrt wie zum Beispiel in Payerne droht dem Regionallughafen Grenchen nun ein schmerzhafter Bedeutungsverlust.*

4.2. Die Stadtkanzlei wird beauftragt, dem Regierungsrat ein entsprechendes Schreiben inkl. GR-Beschluss zuzustellen.

RFP AG  
BD  
Wifö

6.7.1 / LM

## **Stiftung Adrian Girard: Erfolgsrechnung und Bilanz 2014 / Revisionsbericht zur Jahresrechnung 2014 / Genehmigung**

Vorlage: Stira-B 523/27.08.2015

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, fasst die Vorlage ausführlich zusammen.

### 2. Eintreten

- 2.1. Die SP-Fraktion, so Gemeinderätin Angela Kummer, genehmigt die Jahresrechnung 2014 mit Erfolgsrechnung und Bilanz. In der Erfolgsrechnung pro 2014 sind die allgemeinen Verwaltungskosten Fr. 3'240.20 höher ausgefallen als budgetiert (Vorschlag 2014: Fr. 8'000.00, Rechnung 2014: Fr. 11'240.20). Wie viel wird prozentual für die Verwaltung und wie viel für die Stipendien ausgeben?
- 2.2. David Baumgartner begründet die Erhöhung damit, dass 2014 mehr Stiftungsratssitzungen wegen komplexeren Geschäften stattgefunden haben und entsprechend mehr Sitzungsgelder ausbezahlt wurden. Gegenwärtig wird ein neues Anlagereglement erarbeitet. Man sucht neue Anlagemöglichkeiten, um den Ertrag zu steigern.
- 2.3. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger tritt der Stiftungsrat im November 2015 wiederum zu einer a.o. Stiftungsratssitzung zusammen.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Die Jahresrechnung 2014 mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Revisionsbericht der Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard wird zuhanden des Volkswirtschaftsdepartements, Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht, genehmigt.

**Vollzug:** Stiftung Adrian Girard

Stiftung Adrian Girard  
FV

9.6.0 / acs

## **Motion Fraktion CVP: Kauf der bisherigen Geschäftsliegenschaft der SWG durch die Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung**

1. Mit Schreiben vom 1. Juli 2015 reichte die CVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Andreas Kummer):

1.1. Motionstext

### Antrag

*Der Stadtpräsident und die Verwaltung seien zu beauftragen, mit der SWG in Verhandlungen über den Kauf der bisherigen Geschäftsliegenschaft Marktplatz 22 zu treten und dem Gemeinderat bis 31. Dezember 2015 den Entwurf eines Kaufvertrags der Liegenschaft zu unterbreiten.*

*Die Stadt Grenchen bekundet regelmässig Mühe mit unliebsamen Eigentümern, die ihre Liegenschaften unsorgfältig bewirtschaften, ungebetene Mieter beherbergen oder Liegenschaften mit einer gewissen Bedeutung für das Stadtbild verwahrlosen lassen.*

*Die SWG ist Eigentümerin der bis vor kurzem noch als Verwaltungsgebäude genutzten Liegenschaft am Marktplatz. Die Stadt Grenchen könnte die einmalige Gelegenheit ergreifen, die schöne Liegenschaft von der SWG zu erwerben und mit den Möglichkeiten einer Eigentümerin mit Hilfe dieser Liegenschaft das Stadtzentrum an besserer Lage aufzuwerten. Denkbar wären die Erweiterung des bestehenden Gastronomiebetriebs und/oder die Nutzung als Kulturbetrieb, Galerie, Kleinkunst oder Gewerbe.*

*Gleichzeitig erhält die Stadt dadurch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die zukünftige Gestaltung und Nutzung der östlich gelegenen Schild-Rust-Wiese. Im überarbeiteten Businessplan für die Wirtschaftsförderung setzte die Stadt die Attraktivität als Wohnstandort, die Aufwertung des Stadtzentrums und die aktive Bewirtschaftung von Immobilien oben auf die Prioritätenliste. Mit der Veräusserung der Liegenschaft an einen Dritten würde die Stadt die einmalige Chance, mit bescheidenen Mitteln das Stadtzentrum entscheidend aufzuwerten, verpassen.*

*In der Beantwortung der Interpellation der SP vom (Datum 17. Juni 2015, Ziff. 2.3.) schliesst das Stadtpräsidium den Kauf der Liegenschaft nicht aus und hält die Ausarbeitung eines derartigen Projekts für möglich.*



## 2. Begründung des Motionärs

- 2.1. Gemeinderat Andreas Kummer geht davon aus, dass der Gemeinderat den Vorstoss gelesen hat, und wird kurz noch ein paar Bemerkungen anbringen: Der Gemeinderat hat sich das Ziel gesetzt, das Stadtzentrum zu attraktivieren und das Gewerbe zu stärken. Es wurde dafür ein Businessplan im Rahmen der Wirtschaftsförderung aufgestellt. Hier fragt er sich, ob das alles nur schöne Worte sind, die man hier entwickelt hat, oder ob man hier nicht endlich einmal handeln sollte. In seiner Wahrnehmung hat sich die Situation, dass man eine zentrale Liegenschaft am Marktplatz von der SWG erwerben könnte, als geradezu ideal herausgestellt. Das wäre eine optimale Ausgangslage, damit man einen wichtigen Schritt Richtung Attraktivierung des Zentrums machen könnte. Nachdem er den Vorstoss eingereicht hat, wurde ihm mitgeteilt, dass die Liegenschaft bereits dem Kanton Solothurn angeboten wurde. Der Kanton hat die Möglichkeit, sich über den Kauf zu unterhalten und diesen zu beschliessen. Über diese Information verfügte er nicht, als er die Motion eingab. Seines Erachtens wäre es wünschenswert gewesen, wenn man zuerst die Grenchner Bedürfnisse geprüft hätte, seitens Stadt früher aktiv geworden wäre und abgeklärt hätte, ob man die Liegenschaft selbst brauchen könnte, und erst dann die SWG die Liegenschaft dem Kanton oder einem Dritten angeboten hätte. Jetzt wo das Angebot dem Kanton unterbreitet wurde, kommt ein Rückzug verständlicherweise nicht mehr in Frage. Er schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und den Antrag mit folgender Bedingung zu ergänzen: *„Unter der Bedingung, dass sich der Kanton Solothurn nicht zum Kauf der Liegenschaft entschliessen sollte, wird der Stadtpräsident beauftragt, den Kauf der Liegenschaft durch die Stadt zu prüfen.“* Dann hat Kanton immer noch die Möglichkeit, die man ihm einmal eröffnet hat. Sollte der Gemeinderat dies so beschliessen, würde man der Verwaltung bereits heute den Auftrag erteilen, in dieser Sache weiterzufahren und nicht noch einmal in den Gemeinderat kommen zu müssen, falls sich der Kanton zurückziehen würde. Das würde noch nicht bedeuten, dass man die Liegenschaft auch kaufen müsste. Es müsste vorher geprüft werden, ob die Liegenschaft benötigt wird und was ein allfälliger Umbau kosten würde. Man könnte dann immer noch zum Schluss kommen, dass es allenfalls zu teuer oder zu ungeeignet wäre. Da die Liegenschaft an einer so wichtigen Lage in der Stadt ist, ist es unerlässlich, dies sorgfältig abzuklären. Zusammenfassend erklärt er sich einverstanden mit der Umwandlung seiner Motion in ein Postulat. Der Prüfungsauftrag ergibt sich aber nur, falls der Kanton Solothurn die Liegenschaft nicht kauft.

## 3. Erläuterungen

Stadtbaumeister Daniel Gäumann gibt namens der Verwaltung folgende Stellungnahme ab:

- 3.1. Im Vorfeld des Neubaus der SWG an der Brühlstrasse hat die SWG mit dem Kanton Solothurn Verhandlungen über den Kauf der Liegenschaft am Marktplatz geführt. Mit dem Hochbauamt wurde vereinbart, dass das Gebäude vom Kanton erworben wird. Es wurde abgemacht, dass das Gebäude ausschliesslich für kantonale Nutzung vorgesehen ist. Das Geschäft muss vom Kantonsrat bewilligt werden, da es das Verwaltungsvermögen betrifft. Falls das Geschäft abgelehnt werden sollte, könnte das Gebäude an die Stadt verkauft werden.
- 3.2. Die Verwaltung ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen.

3.3. Stadtpräsident François Scheidegger ist froh, dass der Kanton das Gebäude erwerben will. Man kann sich nicht immer darüber beklagen, dass der Kanton alle Arbeitsstellen von Grenchen abzieht, und sich dann querstellen, wenn der Kanton endlich einmal bereit ist, in Grenchen zu investieren und Ämter im Stadtzentrum anzusiedeln (es besteht bereits ein Raumprogramm). Wenn der Gemeinderat die vorliegende Motion erheblich erklären würde, würde das wohl vom Kanton nicht verstanden. François Scheidegger ist mit einem Postulat einverstanden.

#### 4. Diskussion

4.1. Gemäss Gemeinderat Remo Bill ist die SP-Fraktion für Eintreten. Die SP unterstützt die Motion sowie die Umwandlung in ein Postulat und begrüsst den Kauf durch die Stadt Grenchen oder durch den Kanton Solothurn. Dieses städtebaulich wertvolle Gebäude bildet den Abschluss der Blockrandbebauung und des Marktplatzes im Zentrum von Grenchen und nimmt im Stadtbild eine wichtige Funktion ein. Mit dem Kauf wäre gewährleistet, dass das Gebäude nicht zu einem Spekulationsobjekt wird und erhalten bleibt.

4.2. Laut François Scheidegger wird der Kanton explizit verpflichtet, das Gebäude als Verwaltungsgebäude zu nutzen. Die SWG hat ein limitiertes Vorkaufsrecht oder Rückkaufsrecht, welches verhindern soll, dass der Kanton die Liegenschaft einem Dritten verkaufen kann.

4.3. Auch die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, schätzt den Schritt und findet das vorgeschlagene Vorgehen den richtigen Weg. Wenn der Kanton hier aktiv wird, darf man nicht die Türe zuschlagen. Es ist wichtig, dass das Gebäude als Verwaltungsgebäude genutzt wird. Es ist ein Topgebäude an einer zentralen Lage. Der Kanton sollte dieses Topangebot unbedingt ergreifen. Der vom Motionär gesetzte Termin 31.12.2015 ist wohl nicht einzuhalten und müsste überdacht werden.

4.4. Wie Gemeinderat Richard Aschberger ausführt, unterstützt die SVP-Fraktion das Vorgehen von Andreas Kummer und die Umwandlung in ein Postulat. Er findet es gut, dass man zuerst versucht, dem Kanton das wunderbare Gebäude zu verkaufen. Sollte es scheitern, besteht immer noch die Möglichkeit, dass es die Stadt übernehmen könnte. Nachdem die Vorzeichen für ein zentrales Verwaltungsgebäude nicht so gut stehen, gäbe es vielleicht ziemlich schnell eine gute Nutzungsmöglichkeit.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 5. Beschluss

5.1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

BD  
FV  
SWG

8.7 / acs

## **Projekte Landschaftsqualität und Vernetzung / Weiterführung des Projekts / Rahmenkredit für die Jahre 2016 – 2023**

Vorlage: BAPLUKB 63/10.08.2015

- 1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen.
2. Eintreten
  - 2.1. Für die SP-Fraktion, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, muss das Projekt Landschaftsqualität und Vernetzung uneingeschränkt weitergeführt werden. Zu wichtig und von zentraler Bedeutung sind die Themen, welche das Projekt beinhaltet und fördert. Wie in der Vorlage erwähnt, werden durch die Vernetzung im landwirtschaftlichen Raum die ökologischen Werte geschützt und die Biodiversität gefördert, was eine Attraktivierung der Landschaft sowie den Naherholungsräumen mit sich führt und somit für die Stadt Grenchen als Wohn- und Arbeitsort positive Auswirkungen zur Folge hat. Durch die Beteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Stadt Grenchen bekommt das Projekt auch von dieser Seite das nötige Gewicht. Durch Optimieren und Zusammenfassen von neun auf drei Projekte reduziert sich der finanzielle Anteil der Stadt Grenchen pro Jahr um rund Fr. 2'000.00 auf neu Fr. 5'010.00. Die SP-Fraktion der SP die Vorlage gemäss Beschluss der BAPLUK.
  - 2.2. Gemäss Gemeinderat Renato Müller kann der Vorlage entnommen werden, dass im Rahmen der Agrarpolitik 2014-17 die Öko-Qualitätsverordnung in die Direktzahlungsverordnung aufgenommen wurde. Die bisher unter diesen Massnahmen erreichten Bestrebungen im Bereich Natur- und Landschaftsschutz können sich dank der Anschlussprojekte Landschaftsqualität und Vernetzung weiterentwickeln. Folgeprojekte wurden aus Sicht der FDP-Fraktion breit abgestützt und breit bearbeitet. Auch die Akzeptanz der Landwirte ist vorhanden. Die Zusammenfassung der Projekte auf Bezirksebene und die damit verbundene Optimierung in der Planung und im Vollzug sowie die ausgewiesene Kostensenkung begrüsst die FDP ebenfalls. Die FDP-Fraktion befürwortet die vorliegenden Anschlusslösungen und wird der Vorlage sowie dem Rahmenkredit für den Vollzugskostenanteil von Fr. 44'000.00 für die Jahre 2016-2023, pro Jahr Fr. 5'500.00, zustimmen.
  - 2.3. Wie Gemeinderat Ivo von Büren ausführt, hat die SVP-Fraktion das Geschäft geprüft und wird der Vorlage einstimmig zustimmen. Sie sieht, dass man für die Kosten eine Leistung erhält, d.h. es macht für sie Sinn, einen Beitrag für das Projekt zu sprechen. Das ist kein Label, das nichts bringt.

- 2.4. Laut Gemeinderätin Nicole Hirt handelt sich bei den zwei Projekten um ein Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft des Kantons Solothurn, woran sich die Stadt Grenchen beteiligt hat. Ziel ist es, möglichst grossflächige und naturnahe Lebensräume und charakteristische Landschaftsbilder zu erhalten und aufzuwerten. Die Vielfalt an regionstypischen Pflanzen und Tieren soll langfristig gefördert und erhalten werden. Priorität haben seltene und gefährdete Arten, für die der Kanton aber auch die Gemeinden eine besondere Verantwortung tragen. Das Mehrjahresprogramm kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle Beteiligten Vertrauen zueinander haben. Wenn sich Grenchen nicht mehr am Projekt beteiligen würde, könnte man auch nicht viel beeinflussen. Das Projekt ist eine Erfolgsgeschichte und in Grenchen beteiligen sich nicht weniger als 57 landwirtschaftliche Betriebe. Auf insgesamt 710 Hektaren Kulturland sind inzwischen 58 Hektaren resp. 8 Prozent vernetzt. Je mehr Menschen in der Schweiz leben, desto mehr wird gebaut und zubetoniert. Da ist es wichtig, unverbaute Landschaften aufzuwerten, damit die Qualität der Naherholungsgebiete zunimmt und sich positiv auf die Stadt als Wohn- und Arbeitsort auswirkt. Abschliessend kann gesagt werden, dass die glp-/CVP-Fraktion die Weiterführung der Projekte unterstützt. Bereits erwähnt wurde, dass die Beträge um 20% reduziert werden konnten. Die glp-/CVP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Alexander Kaufmann hat sich gefragt, ob es möglich ist, dass es in Grenchen 57 landwirtschaftliche Betriebe gibt (s. Ziff. 2.2.9 der Vorlage).
- 3.1.1 Gemäss Daniel Gäumann stimmt diese Angabe. Er hat den Auszug der Repla Solothurn dabei, welche die Betriebe erfasst hat. Es handelt sich dabei um 57 Betriebe jeglicher Art, d.h. es sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Einzelpersonen, welche irgendeinen Landstreifen besitzen und ebenfalls in den Genuss solcher Beiträge kommen. Dies erklärt die hohe Zahl.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Die Stadt Grenchen beteiligt sich zusammen mit der Trägerschaft weitere 8 Jahre an den Vollzugskosten für die Umsetzung der beiden Projekte Landschaftsqualität (LQ) und Vernetzung (V).
- 4.2. Für den Vollzug der Projekte ist ab 2016 für 8 Jahre (2016 – 2023) ein Betrag von CHF 5'500.- pro Jahr z.L. Konto 7900.3132.00 (bis 2015: 790.318.50) zu budgetieren.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD  
FV  
PA

7.9.0.1 / acs

## **Dringliche Motion Alexander Kohli (FDP): Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung für den Raum Grenchen: Orientierung / Stellungnahme ARP / weiteres Vorgehen**

Vorlage: BD/02.09.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten
  - 1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen.
2. Eintreten
  - 2.1. Gemäss Gemeinderat Remo Bill ist die SP-Fraktion für Eintreten. Die Stadt Grenchen hat die Bedeutung von Agglomerationsprogrammen leider nicht erkannt. Ein Agglomerationsprogramm dient als Koordinationsinstrument für alle Massnahmen, welche die räumlichen Entwicklungen der Agglomeration beeinflussen. Die Kernpunkte des Agglomerationsprogramms sind in verbindliche Pläne und Programme des Kantons überzuführen (kantonaler Richtplan, Strassen- und Investitionsprogramme öffentlicher Verkehr). Leider ist die Erarbeitung und Eingabe eines Agglomerationsprogramms der 3. Generation wegen der noch verfügbaren Zeit unrealistisch. Die SP-Fraktion ist für einen sofortigen Auftrag an die Baudirektion für die Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms, damit dieses spätestens in der 4. Generation beim Bund eingegeben werden kann.
  - 2.2. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, hat erkannt, dass ihr Anliegen schon viel früher dringlich gewesen wäre. Auch die dringliche Motion kann nichts mehr daran ändern, dass es jetzt für ein Agglomerationsprogramm der 3. Generation zu spät ist. Man muss sich ehrlicherweise aber auch eingestehen, dass man gar nicht bereit gewesen wäre, da man keine fertigen Projekte vorweisen kann. Der Zug ist nun leider abgefahren. Jetzt gilt es, Vorarbeiten zu leisten, um in der 4. Generation dabei sein zu können. Man muss sich aber bewusst sein, dass man bei einer Teilnahme auch Geld in die Finger nehmen muss. Man erhält die Bundesmittel nicht frei und franko, sondern muss einen entsprechenden Beitrag leisten. In diesem Sinne stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag und Beschlussesentwurf zu.
  - 2.3. Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, ist es tatsächlich so, dass man den Tatbeweis erbringen muss, dass man etwas machen will.  
Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. François Scheidegger schlägt ergänzend zum Antrag und Beschlussesentwurf vor, dass die Motion als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms wird für die Entwicklung der Region Grenchen als wichtig beurteilt.
- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, die Arbeiten für ein Agglomerationsprogramm an die Hand zu nehmen, damit dieses spätestens in der 4. Generation beim Bund eingegeben werden kann.
- 4.3. Die Motion wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD  
FV

7.9.1 / acs

**Interpellation Fraktion SVP: Label Energiestadt Kosten - Nutzen: Beantwortung**

Vorlage: BAPLUKB 82/31.08.2015

1. Mit Datum vom 30. Juni 2015 reichte die SVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Heinz Müller):

- 1.1. Interpellationstext:

*2004 wurde das Label Energiestadt durch den Gemeinderat in Grenchen eingeführt. Die SVP-Fraktion war damals sehr kritisch gegenüber diesem Label eingestellt. Vor allem war für die SVP der Nutzen für die Stadt nicht ersichtlich. Damals wurde dem Gemeinderat versprochen, dass das Label keine Kosten verursache.*

*Die SVP hat, um dem Label Energiestadt eine faire Chance zu geben, dem Reaudit am 26.02.2008 zugestimmt.*

*Leider stellt sich immer wie mehr heraus, dass dieses Label für Grenchen keinesfalls kostenlos zu haben ist. Vielmehr behindert es oftmals Projekte der Stadt und der stadtnahen Betriebe wesentlich und verursacht dadurch hohe Kosten. Dazu kommen noch die jährlichen direkten Kosten für das Label.*

*Projekt wie der Winkpark Grenchenberg, Heizzentralen wie z.B. beim Schulhaus II oder die plante Solaranlage durch die Bürgergemeinde im Unter- und Obergrenchenberg, aber auch private Initiativen wie Solaranlagen auf dem Howeg- und dem Flughafen-Gebäude sowie das kürzlich in Betrieb genommene Kleinkraftwerk wären alle auch ohne das Label Energiestadt realisiert worden.*

*Für unsere Fraktion ist schon länger klar, dass die damalige Aussage an der GR-Sitzung im 2004 zu den Kosten damals wie heute nicht der Wahrheit entsprach, resp. entspricht.*

*Es ist an der Zeit, den wirklichen und messbaren Nutzen für die Grenchner Bevölkerung und Wirtschaft aufzuzeigen.*

*Um endlich die Kostenwahrheit zu erfahren, haben wir Fragen an das Stadtpräsidium und die Stadtkanzlei sowie an die zuständigen Abteilungen:*

1. *Welche Kosten verursacht das Label Energiestadt jährlich inkl. des Personalaufwands wie z.B. Baudirektion und Verwaltung?*

2. *Was für Kosten insgesamt verursacht das Label seit der Einführung 2004?*
3. *Wo liegt der direkte und messbare Nutzen für die Grenchner Bevölkerung?*
4. *Wie viele Firmenneuansiedlungen sind explizit wegen dieses Labels erfolgt?*
5. *Sind neue Steuerzahler explizit wegen dieses Labels nach Grenchen gezogen?*

Bemerkung: Die SVP-Fraktion beantragt bereits jetzt bei der Behandlung im Gemeinderat die Diskussion

## 2. Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Bau-, Planungs- und Umweltkommission beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

## 3. Begründung

- 3.1. Wie Gemeinderat Heinz Müller ausführt, hat der Gemeinderat im 2004 über das Label abgestimmt. Auf die Frage seines damaligen Ratskollegen Marcel Boder wurde damals geantwortet, dass das Label kostenlos sei. In der Beantwortung der Interpellation hat man jetzt gesehen, dass man direkte Kosten von Fr. 55'000.00 und indirekte Kosten von Fr. 250'000.00 hat, d.h. über Fr. 300'000.00 hat das Label die Stadt seit der Einführung gekostet. Dort nicht mit eingerechnet ist der Personalaufwand der Baudirektion für Ausbildung, Reaudit, Besprechungen, welche auch finanziert werden müssen. Es liegen heute Prospekte auf dem Tisch, mit denen man dem Gemeinderat aufzeigen will, welche Vorteile das Label hat und was es der Stadt Grenchen bringt. Für ihn ist das Potemkinsches Dorf, oder anders gesagt, man macht dem Gemeinderat ein X für ein U vor. Wie fühlen sich die GR-Mitglieder als Betrogene oder angelogene Volksvertreter? Die SVP fühlt sich nicht sehr wohl. Ihr war der Nutzen schon im 2004 nicht ersichtlich. Nach der Beantwortung der Interpellation muss sie leider sagen: „Ausser Spesen nichts gewesen.“ Der Medienauftritt war gewaltig. Es wurde gesagt, dass es sich um einen Mosaikstein handle - für die SVP ist das ein teurer Mosaikstein. Es wird damit argumentiert, dass die halbe Schweizer Bevölkerung mit dem Label lebe - die wurde vielleicht gar nicht gefragt. Was die halbe Schweiz macht, muss Grenchen nicht interessieren. Es wurde auch davor gewarnt, dass Grenchen zum Gespött der anderen Städte im Kanton Solothurn werde. Auch hier muss Heinz Müller sagen, dass Grenchen nicht auf die anderen Städte schauen muss. Man hat es heute gesehen: Der Kanton und die anderen Städte tun auch nichts für Grenchen. Die Stadt muss zu sich selbst schauen. Der Flughafen hat klar gezeigt, dass sich die anderen nicht für Grenchen interessieren. Zum Label ist zu bemerken, dass es ein Nice-to-have ist. Es ist ein Feigenblatt für viele Projekte, welche darunter subsumiert und angestossen werden. Die Stadt hat aber auch andere Sachen zu finanzieren. Man wird in den nächsten Jahren Defizite einfahren. Es werden vermutlich Millionen-defizite sein, wenn man zwischen den Zeilen von David Baumgartner liest. Auch wenn die Beantwortung fachlich in Ordnung ist, ist er vom Ziel her nicht befriedigt.



Aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion heute die Motion „Mitgliedschaft beim Trägerverein des Labels "Energienstadt" kündigen“ eingereicht. Wie bereits angekündigt, stellt er Antrag auf Diskussion.

*Der Antrag auf Diskussion wird mit 11 : 4 Stimmen gutgeheissen.*

#### 4. Diskussion

- 4.1. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann „illustrieren Energiestädte den Erfolg einer Energiepolitik, die auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz beruht“ (Zitat von Bundesrätin Doris Leuthard). Um nicht mehr und nicht weniger geht es beim Erhalt „Label Energienstadt“. Letztlich ist es der politische Wille, ob ein Label Energienstadt, welches ein Bekenntnis zum innovativen und aktiven Umgang mit Energie, Klima, Verkehr und Umwelt beinhaltet, unter dem Spardruck einer Gemeinde nicht mehr weitergeführt wird. In keiner der 370 Schweizer Energiestädte kann wohl der direkte und messbare Nutzen aufgezeigt werden. Diese Prozesse und Massnahmen sind nicht messbar wie eine Steuer- oder Mietzinseinnahme. Es ist das Fördern des Bewusstseins von Themen wie Energie- und Klimapolitik in der heutigen Gesellschaft und das Umsetzen der geeigneten Massnahmen, die zu zukunftsorientierten Zielen führen. Diese Themen betreffen alle und dürfen nicht einfach verdrängt oder ausgeblendet werden. Die Stadt Grenchen als Trägerin des „Label Energienstadt“ soll hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Ein Rückschritt vom „Label Energienstadt“ würde einen Rückfall in die Steinzeit bedeuten. Rein aus Vernunft und Sorgfalt zur Umwelt kann und darf ein solch wichtiges Label nicht abgeschafft werden. Im Gegenteil; die heutigen Anstrengungen und Fortschritte müssen in Zukunft weiter intensiviert und optimiert werden. Nur so kann eine zielgerichtete Energie- und Klimapolitik in der Bevölkerung die nötige Sensibilität bewirken und die nötige Überzeugungsarbeit geleistet werden. Als Technologie- und Wohnstadt im Grünen, ist das „Label Energienstadt“ mit dem damit verbundenen energiepolitischen Programm unverzichtbar und ein wichtiges, energiepolitisches Signal über die Gemeindegrenzen hinweg. Darum ist die SP-Fraktion klar für das Beibehalten des „Label Energienstadt“ und unterstützt den Beschluss der BAPLUK.
- 4.2. Gemeinderätin Nicole Hirt fragt sich, ob Fr. 1.50 pro Person oder Fr. 5.00 pro Haushalt im Jahr wirklich wert sind, das Label Energienstadt in Frage zu stellen. Es gibt bei der Auswahl und der Umsetzung verschiedene Instrumente. Hier gibt es sicher noch Optimierungsbedarf. Ihres Erachtens sind hier die Baudirektion und der Stadtplaner sehr gefragt. Die Energiewende steht vor der Türe. Angesichts dieser Tatsache wäre ein Ausstieg aus dem Energielabel ein falsches Signal und hätte einen Imageschaden zu Folge. Der Kanton Solothurn kann sich nicht rühmen, ein Vorreiterkanton zu sein, da er nur sechs Gemeinden mit dem Energielabel hat und an zweiletzter Stelle des Ranking steht. Das Label schreibt keine Massnahmen vor. Für einen Mitgliederbeitrag von Fr. 2'600.00 pro Jahr können verschiedene Instrumente und Richtlinien den Gemeinden eine Hilfe für die Umsetzung der Energiepolitik auf kommunaler Ebene sein. Es gilt das Angebot mit Bedacht zu nutzen und vielleicht einmal eine Idee umzusetzen, welche auch der Bevölkerung dient. Warum nicht die Bevölkerung belohnen, wenn sie mit erneuerbaren Energien mehr Energie erzeugt als sie braucht? Grenchen gehört zur Hauptstadtregion mit Entwicklungsschwerpunkten. Der Stadtpräsident von Grenchen, François Scheidegger, ist Vorstandsmitglied im Verein Hauptstadtregion Schweiz.

Wenn man sich eine Scheibe vom Agglomerationskuchen abschneiden will, muss man sich bewusst sein, dass eine Energiestadt quasi ein Muss sein und zu den Anforderungen gehören könnte. Ein weiterer Aspekt ist die Schnellzugsanbindung, welche unbedingt aufrecht erhalten werden muss, denn auch die ÖV-Anbindung gehört zu den Kriterien dieses Programms. Nicole Hirt verweist auf die gerade neu geschaffenen SBB-Haltestellen Bellach und Solothurn-Allmend. Das ganze Energielabel ist nicht isoliert, sondern im Kontext mit den Möglichkeiten zu betrachten, welche sich der Stadt in Zukunft bieten. Daher ist es für die glp-/CVP-Fraktion klar, dass sie für die Beibehaltung des Labels ist.

- 4.3. Selbstverständlich, so Gemeinderat Hubert Bläsi, ist nicht jede Aktion welche im Label Energiestadt stattfindet, top und wird geschätzt. Vielleicht war auch der Betrag auf dem einen oder anderen Preisschild etwas zu hoch. Er hat aber den Eindruck, dass man gesamthaft viel Positives erreichen konnte. Er durfte dies am Mobilitätstag anlässlich seiner Rede betonen. Er bekam eine Liste, was man alles Positives geleistet hat und was noch alles in Zukunft geplant ist. Er möchte dem treu bleiben und beteuern, dass man zu all dem auch stehen kann. Beispielsweise kann die Schule davon profitieren. Es gibt das Angebot, dass die Beauftragten der Vereinigung So!Mobil zur Verfügung stehen, die Schulen zu unterstützen, entsprechende Lektionen abzuhalten und die jungen Leute auf ein richtiges Verhalten im Sinne des Langsamverkehrs, des Umweltschutzes und des Verbrauchs von elektrischer Energie zu sensibilisieren. Das ist ein gutes Angebot mit Breitenwirkung, das aber selbstverständlich nicht leicht messbar ist. Er möchte es dennoch nicht in Frage stellen, auch wenn es nur schwer beziffert werden kann. Man ist jetzt einen Weg gegangen und kann nicht einfach in der Mitte abbrechen und sagen, dass man am Ziel ist - das ist man bei diesem Thema nämlich nie. Er möchte auf einer sinnvollen Basis weiterfahren, ohne überrissene Projekte, sondern auf einem guten, sauberen Weg, damit man das Label behalten kann. Die FDP-Fraktion steht zum Label.
- 4.4. Heinz Müller stellt fest, dass es die Sprecherinnen und Sprecher gar nicht interessiert, was man ihnen einmal versprochen hat. Sie sind über das Versprechen vor elf Jahren schlichtweg hinweggegangen. Grenchen wäre nicht die erste Gemeinde, welche austreten würde. Es sind schon mehrere Städte oder grössere Agglomerationen ausgetreten und die gibt es immer noch. In Grenchen ist es auch so, dass man kein einziges Projekt nicht gemacht hätte, wenn man nicht dabei gewesen wäre. Er hat eine Liste angefertigt z.B. mit der Heizzentrale, Solaranlagen etc. Das hätte man auch ohne Label umgesetzt. Er kann nicht verstehen, warum man sich darin festfährt, es anders darzustellen. Zur Bemerkung von Alexander Kaufmann betreffend Rückfall in die Steinzeit meint Heinz Müller, dass er die modernsten Produktionsanlagen weltweit produziert. Ihm Rückschritt oder veraltete Techniken anhängen zu wollen, prallt an ihm so ab wie Wasser an einer Entenfeder. Grundsätzlich kann man das Label streichen und genau gleich gut weiterschaffen. Er erinnert daran, dass sich die SVP stark für den Windpark Grenchen eingesetzt hat. Sie ist sicher nicht für Rückschritt. Er bittet die GR-Mitglieder zumindest ihre Voten zu überdenken, wenn dann die Motion im Gemeinderat behandelt wird.
- 4.5. Gemeinderat Ivo von Büren bemerkt, dass das Thema Energiestadt in der BAPLUK schon eingehend diskutiert wurde. Die SVP bekundet keine Mühe mit Energiesparen, mit Effizienzsteigerung etc. Das kann sie voll unterstützen. Sie stört sich daran, Geld für etwas auszugeben, das keinen sichtbaren und greifbaren Nutzen bringt.

Weder die Beantwortung der Interpellation noch irgendjemand im Rat kann Ivo von Büren heute sagen, was das Label bisher gebracht hat. Seines Erachtens hat es nichts gebracht und nur Kosten verursacht. Er sieht auch nicht, dass man wieder in die Steinzeit zurückfällt, wenn man das Label nicht mehr hat. Es werden überall Projekte gemacht und gefördert und das geht auch ohne Label. Gerade angesichts der schlechten Finanzlage sollte man versuchen, auf solche Kosten zu verzichten.

5. Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BAPLUK  
BD  
FV  
Wifö

8.7 / acs

## **Personalkommission: Demissionen von Jeannette Benavente (PVG) sowie Roland Derendinger (PVG); Wahlvorschläge des PVG (Francesca Gigliotti, Anne-Catherine Schneeberger)**

Vorlage: PA/31.08.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten
- 1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister verweist auf die Vorlage.

2. Eintreten
- Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung
- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
- 4.1. Die Demissionen von Jeannette Benavente und Roland Derendinger als ordentliche Mitglieder der Personalkommission werden unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
- 4.2. Francesca Gigliotti sowie Anne-Catherine Schneeberger werden als Vertreterinnen des PVG für den Rest der Amtsperiode 2013 - 2017 als ordentliche Mitglieder der Personalkommission bestätigt.

Zu eröffnen an:

- Francesca Gigliotti, Simplonstr. 63, 2540 Grenchen
- Anne-Catherine Schneeberger, Freiestr. 51, 2540 Grenchen
- Jeannette Benavente, Rebgrasse 85, 2540 Grenchen
- Roland Derendinger, Adolf Furrer-Str. 14, 2540 Grenchen
- Peter Brotschi, Präsident PVG, Dählenstr. 49f, 2540 Grenchen
- Michael Herzog, Präsident PK, Alpenstr. 22, 2540 Grenchen

**Vollzug:** KZL

PA  
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

## Dringliches Postulat Fraktion CVP: Sicherung des Rettungsdienstes in der Stadt Grenchen: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung

1. Mit Schreiben vom 15. September 2015 reicht die CVP-Fraktion folgendes dringliches Postulat ein (Ersatzunterzeichner Andreas Kummer):

1.1. Postulatstext

Der Stadtpräsident und die betroffenen städtischen Abteilungen **werden aufgefordert, geeignete Massnahmen zur Reduktion des Aufwands für den Rettungsdienst zu treffen, um dessen Leistungen und den Standort Grenchen zu erhalten.**

### Begründung:

Seit der Schliessung des Spitals Grenchen und den Einschränkungen des ärztlichen Notfalldienstes hat der Rettungsdienst der Stadt Grenchen zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Der Ambulanz- und Rettungsdienst der Stadt Grenchen funktioniert sehr gut und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Notfallversorgung der Grenchnerinnen und Grenchner.

Die Aufrechterhaltung dieser Dienstleistung für die Bevölkerung ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Das von der Stadt Grenchen zu tragende Betriebsdefizit fiel in den letzten Jahren immer höher aus und betrug im Jahre 2013 rund 700'000 Franken.

Der Rettungsdienst erbringt seine Leistungen auch für die umliegenden Gemeinden Bettlach, Selzach, Altreu, Bibern, Biezwil, Gosswil, Lommiswil, Lüterswil-Gächliwil, Schnottwil und kantonsübergreifend für Lengnau, Romont, Arch, Leuzigen und Rüti b. Büren.

Die Sicherstellung der Notfallversorgung ist eine Aufgabe des Kantons. Die Stadt Grenchen hat nicht auf eigene Kosten die Notfallversorgung für Nachbargemeinden und schon gar nicht für diejenigen anderer Kantone sicherzustellen.

Die angespannte finanzielle Situation der Stadt Grenchen zwingt den Gemeinderat zum Handeln. **Folgende Massnahmen sind durch die verantwortlichen Personen umzusetzen:**

- 1. Die laufenden Tarifverhandlungen mit der Santésuisse sollen zu einem Vertrag mit kostendeckenden Tarifen führen. Die Verhandlungen sind mit der entsprechenden Konsequenz zu führen und ein tarifloser Zustand muss in Kauf genommen werden.**

2. **Mit den umliegenden Gemeinden, in denen der Grenchner Rettungsdienst Leistungen erbringt, sind Verträge über die Kostenübernahme abzuschliessen. Bei Gemeinden, die eine Kostenübernahme ablehnen, ist der Umfang der Leistung neu zu überprüfen.**
3. **Die Kosten des Rettungsdienstes seien in der Jahresrechnung der Stadt Grenchen transparent auszuweisen, so dass Leistungen, die der Rettungsdienst für interne Abteilungen oder andere Organisationen übernimmt (Zivilschutz, MIA, Uhrencup, Velodrome, Grenchner Fest u.a.) diesen in Rechnung zu stellen sind. Neben Abschreibungen ist auch das Vermögen aufzuzeigen.**
4. **Als nachrangige Massnahme** sei die Eingliederung des Rettungsdienstes in die SoH zu überprüfen, jedoch nur unter folgenden Bedingungen:
  - der bestehende Rettungsdienst, d.h. alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den bestehenden arbeitsrechtlichen Bedingungen übernommen wird,
  - die ganze Ausrüstung unverändert übernommen wird und dem Einsatzort Grenchen weiterhin zur Verfügung steht,
  - der Einsatzstandort in Grenchen für mindestens 10 Jahre unverändert weitergeführt wird,
  - die vom Kanton definierten Qualitätskriterien auch für den Rettungsstandort in Grenchen gelten.
  - die soH und die Stadt Grenchen die einzelnen Bedingungen für den Betrieb des Rettungsdienstes der Stadt Grenchen in einer Leistungsvereinbarung regeln.

Die soH haben auf erste informelle Anfragen hin bereits positive Signale für eine Integration mit der Beibehaltung des Standorts Grenchen ausgesendet. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen könnte die Rechnung der Stadt Grenchen ca. um jährlich 700'000.00 Franken entlastet werden, ohne dass eine Einbusse der Leistungen beim Rettungsdienst in Kauf genommen werden müsste.

Aus diesen Gründen **werden der Stadtpräsident und die betroffenen städtischen Abteilungen beauftragt, die vorstehenden Massnahmen umzusetzen.**

## 2. Begründung der Dringlichkeit durch den Postulaten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Andreas Kummer ist der heutige Vorstoss die Fortsetzung dessen, was an der letzten Gemeinderatssitzung schon ausführlich besprochen wurde. Es war ursprünglich ein überparteiliches Postulat, welches von allen Parteien mitgetragen worden war. Im Laufe der Diskussion im Gemeinderat vom 18. August 2015 wurde dann aber gewünscht, dass es noch durch andere vorgeschobene Massnahmen ergänzt werden soll, bevor man überhaupt darüber diskutiert, ob man den Rettungsdienst in die soH integrieren soll. Der Rettungsdienst hat der CVP an ihrer Fraktionssitzung einen Besuch mit dem Rettungswagen abgestattet. Der Rettungsdienst hat diesen Austausch angeregt und die Fraktion hat das gerne so durchgeführt. Reinhard Grichting, Leiter Ambulanz- und Rettungsdienst, hat ausgeführt, welche Konsequenzen die Integration des Rettungsdienstes in die soH haben würde.

Die CVP-Fraktion vernahm dabei Aufschlussreiches, welches sie in das Postulat hat einfließen lassen können. Im Postulatstext ist nur das neu, was fett und kursiv gekennzeichnet ist. Die Änderungen zum letzten Postulat sind relativ einfach. Andreas Kummer zitiert die drei neuen Massnahmen und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Ziffern 1-3 Postulatstext). Erst als vierte, nachrangige Massnahme ist dann die Eingliederung des Rettungsdienstes in die soH zu überprüfen. Er hofft, dass er die Voten, die im letzten Gemeinderat gefallen sind, entsprechend aufgenommen hat. Es sollen jetzt vorab die drei Massnahmen geprüft werden. Wenn diese zum Erfolg führen würden, wären alle mehr als glücklich darüber.

### 3. Erläuterungen zur Dringlichkeit

- 3.1. Stadtpräsident François Scheidegger bittet Andreas Kummer, die Dringlichkeit zu begründen. Es muss eine objektive Dringlichkeit vorliegen.
- 3.2. Andreas Kummer argumentiert, dass man jetzt schon einen tariflosen Zustand mit der santésuisse hat. Es sollten jetzt eigentlich Vertragsverhandlungen geführt werden. Er hat mit Erstaunen festgestellt, dass per Ende Juli 2015 der Tarifvertrag gekündigt wurde. Es ist jetzt Mitte September 2015 und man ist noch nicht einmal am Verhandeln. Das sind für ihn unbegreifliche Versäumnisse. Man sollte unbedingt vorwärts machen. Solange man einen tariflosen Zustand hat, wird nach den bisherigen, d.h. defizitären Tarifen abgerechnet. Die Zeit läuft gegen die Stadt Grenchen. Das allein begründet schon die Dringlichkeit. Man sieht, dass auch wegen der Finanzen gehandelt werden muss. Das Postulat ist inhaltlich schon länger bekannt. Daher ist die Hürde Dringlichkeit nicht mehr so hoch. Der Gemeinderat wird nicht mit etwas überrascht, ihm sind die Argumente wohlbekannt. Er wird nicht überrumpelt und kann dem heute sicher zustimmen, weil es bereits im Vorfeld diskutiert wurde. Andreas Kummer bittet den Rat, der Dringlichkeit zuzustimmen.
- 3.3. François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass die Stadt null Einfluss auf die Tarifverhandlungen hat. Man hat auch keinen vertragslosen Zustand, sondern der Vertrag wurde auf Ende Dezember 2015 gekündigt. Die neuen Tarife werden auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Er ist einverstanden, das Postulat entgegenzunehmen. Er kann die Dringlichkeit ebenfalls unterstützen. Nach den Gruppenberatungen vom 7. und 8. September 2015 verbleibt immer noch ein tiefrotes Defizit im Budget 2016. Er hatte heute Morgen eine Sitzung mit Finanzverwalter David Baumgartner. Man wird der GRK an ihrer nächsten Sitzung vom 23. September 2015 einschneidende Sofortmassnahmen beantragen. Er ist gerne bereit, das Postulat in diesen Kontext mit einzubeziehen und zu schauen, was man tun kann. Er kann aber keine Versprechungen abgeben. Die Kosten mit den umliegenden Gemeinden wurden eruiert. Sie sind bekannt, wobei sie auch immer wieder variieren. Man sollte sich hier keine falschen Hoffnungen machen. Ein Rückzug aus den umliegenden Gemeinden, falls sie keinen Anlass sehen, etwas an den Rettungsdienst zu zahlen, ist nicht so einfach. Der Rettungsdienst Grenchen braucht die anderen Gemeinden, damit er die nötige Grösse hat, um überhaupt eine Bewilligung zu erhalten. Deshalb muss man jetzt mit den Gemeinden in Verhandlung treten. Eine angemessene Beteiligung dieser Gemeinden ist letztlich auch ein Gebot der Fairness.



#### 4. Diskussion

- 4.1. Gemeinderat Remo Bill nimmt zur Kenntnis, dass gewisse Punkte aus dem letzten Gemeinderat vom 18. August 2015 in das dringliche Postulat eingeflossen sind. Ihm wäre es aber lieber, wenn man den Vorstoss als normales Postulat an der nächsten GR-Sitzung behandeln könnte. Er sieht die Dringlichkeit nicht ein.
- 4.2. Wenn man den Vorstoss, so Gemeinderat Hubert Bläsi, in den nächsten Schritt einbinden will, ist die Dringlichkeit gegeben. Sonst fehlt ja das entsprechende Element. Wenn man jede Chance nützen will, die man eventuell wahrnehmen kann, dann muss man dies unbedingt tun. Angesichts des Defizits 2016 musste man bereits in den Gruppenberatungen zum Teil schwierige Entscheide fällen. Die GRK resp. der Gemeinderat werden gefordert sein, weitere Massnahmen zu treffen. Hubert Bläsi wird die Dringlichkeit unterstützen und dem Postulat zustimmen.
- 4.3. Wie Gemeinderat Ivo von Büren ausführt, sieht die SVP-Fraktion das genau gleich und möchte an der Dringlichkeit festhalten.
- 4.4. Laut François Scheidegger hat die Erheblicherklärung des Postulats zur Folge, dass man die Massnahme in den Massnahmenkatalog aufnimmt, welcher der GRK unterbreitet wird.

#### 5. Dringlichkeit

- 5.1. Gestützt auf § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist vorerst über die Dringlichkeit der Motion zu entscheiden.

Es ergeht einstimmig, folgender

- 5.2. Beschluss:

Das Postulat wird dringlich erklärt.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 6. Beschluss

- 6.1. Das Postulat wird erheblich erklärt

S+B  
ARD  
FV  
PA

4.1.7.0 / acs

## **Motion Fraktion SVP: Mitgliedschaft beim Trägerverein des Labels "Energistadt" kündigen: Eingabe**

1. Mit Schreiben vom 15. September 2015 reicht die SVP-Fraktion folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

*Die Mitgliedschaft der Stadt Grenchen ist beim Trägerverein des Labels „Energistadt“ auf den nächst möglichen Termin zu kündigen.*

### Begründung

*Wie die Beantwortung der Fragen aus der SVP-Interpellation ergeben haben, ist das Label „Energistadt“ absolut nicht kostengünstig, respektive kostenlos zu haben. Bei der Einführung vor 11 Jahren wurde dem Grenchner Gemeinderat jedoch das Gegenteil versprochen. Da die SVP Fraktion schon damals sehr kritisch gegenüber diesem Label eingestellt war und die damals gemachten Versprechen der heutigen Wirklichkeit in keiner Weise entsprechen, fordern wir die Kündigung dieser Mitgliedschaft.*

*Es kann gemäss der Beantwortung der Interpellationsfragen kein Nutzen für die Grenchner Bevölkerung aufgezeigt werden. Projekte, welche dem Sinn und Zweck der Energieeinsparungen dienen, werden und wurden auch ohne dieses Label in Grenchen realisiert. Leider werden aber auch fragwürdige Projekte unter dem Deckmantel „Energistadt“ realisiert, die absolut keinen Sinn ergeben und damit nur unnötig Steuergelder verschleudert werden.*

*Zudem sind die Finanzen der Stadt Grenchen mehr als nur angespannt. Es sind Defizite in Millionenhöhe zu erwarten. Aus diesem Grund sind Ausgaben, die nicht einen messbaren Nutzen für Grenchen ergeben, rigoros zu streichen. Dazu gehört mit Sicherheit das Label „Energistadt“.*

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BAPLUK  
BD  
FV

8.7 / acs

## Motion Remo Bill (SP): Kunststoff Recycling in der Stadt Grenchen: Eingabe

1. Mit Schreiben vom 15. September 2015 reicht Remo Bill (SP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

*Ab dem Jahr 2016 soll der Kunststoff in der Stadt Grenchen eingesammelt werden, wie es mit den anderen Werkstoffen wie Glas, Metall, ALU, Karton und Altpapier geschieht.*

### Begründung

*In der Stadt Grenchen wird vorbildlich Recycling mit den Werkstoffen Glas, Metall, ALU, Karton und Altpapier betrieben. Auch der Service der Grünabfuhr funktioniert in Grenchen sehr gut. Das städtische Konzept fördert ein umweltfreundliches Entsorgen der Abfälle in der Bevölkerung. Aus diesem Grunde wäre es vorbildlich wenn es auch mit dem Kunststoff so gehandhabt wird.*

*„Kunststoffe sind edle und kostbare Hightech-Materialien und stellen die höchste Form gebundener Energie dar. Die höchste Ausbeute an Erhalt von Material und gebundener Energie (Graue Energie) erbringt unbestritten das stoffliche Recycling. Mit der Verbrennung bzw. der thermischen Verwertung werden heute in modernen Kehrichtverbrennungsanlagen auch Strom und Wärme gewonnen. Die Verbrennung bedeutet allerdings auch immer Materialvernichtung und ist darum gesamtheitlich betrachtet in der Energiebilanz eindeutig schlechter als stoffliche Verfahren.“*

*Viele Argumente sprechen für das Recycling von Kunststoffen. Die wichtigsten habe ich zusammengestellt:*

- *Die Produktion von einem Kilo Recyclingkunststoff spart bis zu 1 Liter Erdöl.*
- *Zahlreiche Ökobilanzen haben den ökologischen Vorteil von Kunststoff-Recycling bewiesen.*
- *Kunststoff kann unendlich oft recycelt werden.*
- *Recycling braucht ca. 50% weniger Energie als die Herstellung von „neuem“ Kunststoff.*
- *Kunststoffe können bis zu 500 Jahre im Boden und in Gewässern überdauern, was eine grosse Gefahr für Mensch und Tier sein kann.*

*Das Einsammeln des Kunststoffes kann organisatorisch mit dem Einsammeln eines anderen Werkstoffes (Glas, Metall, ALU oder Karton) verbunden werden.*

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD  
FV

7.2.1 / acs

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

- 1. Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP): Fehlende Busverbindung fürs Nachtskifahren auf dem Grenchenberg (GRB 2951/19.05.2015): Beantwortung**
  - 1.1. Die Antwort des Stadtpräsidiums/der Stadtkanzlei vom 1. September 2015 zur Kleinen Anfrage wurde am 4. September 2015 mit der Einladung zur Gemeinderatssitzung vom 15. September 2015 an die GR-Mitglieder verschickt.
  
- 2. Auswärtige GR-Sitzung vom 10. November 2015 im Bundesamtes für Wohnungswesen (aus Anlass des 40-Jahr-Jubiläums des BWO und des 20-Jahr-Jubiläums der Grenchner Wohntage): Verschiebung Sitzungsbeginn**
  - 2.1. Am 10. November 2015 findet um 16.30 Uhr in der alten Turnhalle II, Nordbahnhof, die Entlassungsfeier aus der Wehrpflicht 2015 statt. Der Stadtpräsident wird eine Rede halten und auch GRK-Mitglieder werden anwesend sein. Aus diesem Grund muss der Beginn der GR-Sitzung im BWO auf 18.00 Uhr verschoben werden.
  
- 3. Vorstellung NR-KandidatInnen auf dem Marktplatz am 12. September 2015**
  - 3.1. Gemeinderat Remo Bill dankt im Namen der NR-KandidatInnen allen Beteiligten für den organisierten Anlass. Es war eine sehr gute Idee, alle Kandidierenden unter dem Stadtdach zu versammeln und der Bevölkerung vorzustellen.